

# Liberaler Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Liberaler Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonntagen und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 50 Hg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Hg., auswärtige Anzeigen 60 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226.

Donnerstag, den 26. September 1918.

25. Jahrg.

## Was wollen die Letten und Esten?

Von Eduard David, M. d. R.

Mehr noch wie über die übrigen besetzten Gebiete ist über Lettland und Estland Dunkel gebreitet. Was heute von dort in die deutsche Öffentlichkeit dringt, sind Wünsche der baltischen Herrschaft und Präparate der deutschen Militärverwaltung. Das politische Leben der lettischen und estnischen Bevölkerung ist geknebelt; ihre Presse ist unterdrückt oder so an die Leine der Militärzensur gelegt, daß jede freie Meinungsäußerung unmöglich ist. Der Personen- oder Nachrichtenverkehr über die Grenze steht unter strengster Bewachung. Unter diesen Umständen scheint die Beantwortung der Frage, wie die nächstbestmöglichen selbst über die lettisch-estnische Zukunft zurzeit denken, schwierig. Aber einiges Licht läßt sich doch in die Sache bringen.

Vor dem Kriege führten die Letten und Esten, gleich den Finnen, Litauern und Polen einen harten Kampf gegen die großangelegten Russifizierungsmaßnahmen der zaristischen Regierung. Nach dem Zusammenbruch erhoben auch sie die Forderung auf eine weitgehende nationale Selbständigkeit. Wie verhielten sie sich nun nach der Besetzung ihrer Gebiete durch Deutschland?

Für die Letten beantwortet diese Frage ein Schriftstück, das die Vertreter der großen politischen Organisationen im Spätherbst 1917 dem Parteivorstande der Deutschen Sozialdemokratie zugehen ließen. Nach Hinweis auf einen früheren Beschluß, der die staatliche Selbständigkeit innerhalb der großrussischen Republik forderte, wurde darin erklärt, daß man nunmehr, nachdem durch den Einmarsch der deutschen Truppen die lettische Frage eine internationale geworden sei, die Bildung eines ganz unabhängigen neutralen Zwischenstaates vorschläge. Wörtlich heißt es in dem Beschluß:

„Unter besonderer Beachtung des Umstandes, daß die weitere Entwicklung eines freundschaftlichen nachbarstaatlichen Friedens zwischen Deutschland und Rußland nur möglich ist, wenn durch friedliche Verständigung der Staaten ein Ausgleich der Interessen an der baltischen Küste herbeigeführt wird, diese aber ausgeschlossen erscheint, wenn die eine oder die andere Macht den wichtigsten Teil der baltischen Küste in ihrer Hand behält, treten wir im Streben nach einem demokratischen Frieden, der auch die wirtschaftliche und politische Zukunft Lettlands sichern soll, für die Neutralisierung Lettlands ein, indem durch internationale Rechtsgarantien aus Lettland ein autonomer Zwischenstaat gebildet wird. Ein republikanisches, neutralisiertes, ungeteiltes Lettland, das über seine Landesverfassung, seinen Boden und seine neutrale Küste nebst Häfen nach freiem Entschluß des Volkes verfügt, ist eine unabwiesbare Forderung, die aus der gemeinsamen Entschließung vom 30. Juli hervorgeht. In dieser Lösung erblickt das lettische Volk die einzige Möglichkeit einer erprießlichen kulturellen Entwicklung des baltischen Landes und die Sicherung seines wirtschaftlichen Aufschwunges. Im Zusammenhang damit müssen wir alle Bestrebungen zurückweisen, die auf Verdeutschung, Verrossung oder Kolonisierung der baltischen Lande hinführen.“

Dieser Beschluß ging von Vertretern des Rigaer Arbeiterdeputiertenrates, des vorläufigen litauischen Landesrates, des vorläufigen kurländischen Landesrates (gewählt von den Flüchtlingen in Moflau), des lettischen Bauernbundes, sowie verschiedenen lettischen Truppenteilen aus. Er durfte also beanspruchen, der wirkliche Ausdruck des Willens der Masse des lettischen Volkes zu sein. Wir haben diese Kundgebung noch vor Beginn der Berliner Verhandlungen dem Auswärtigen Amte übermittelt und später im Reichstage der Öffentlichkeit unterbreitet.

Hier wurde also seitens der Letten die Hand zur Verständigung geboten. Sie selbst waren mit dem Ausschneiden aus dem großrussischen Verbands einverstanden. Die Bildung eines neutralen Zwischenstaates wurde angestrebt, eine Lösung, die auch für Deutschland große politische und wirtschaftliche Vorteile bietet, ohne die schweren Gefahren heraufzubeschwören, die eine erzwungene Angliederung notwendigerweise zur Folge hätte.

Die gleiche Forderung der handelspolitischen und völkerrechtlichen Neutralisierung Lettlands wurde dann noch einmal im Mai dieses Jahres dem Reichskanzler unterbreitet in einer Denkschrift der Exekutive des lettischen Nationalrats, in dem alle lettischen Parteien vertreten sind. — Sie scheint bis heute unbeantwortet geblieben zu sein.

In derselben Richtung bewegen sich auch die Wünsche der Esten. Durch Spezialgesetz der provisorischen russischen Regierung vom 12. April 1917 erhielt das Gouvernement Estland mit dem von Esten bewohnten nördlichen Livland eine neue innerstaatliche Verfassung. Ein auf allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aufgebauter Landesrat wurde mit der Verwaltung und der inneren Gesetzgebung betraut. Die alten ritterschaftlichen Landtage wurden ihrer Verwaltungsfunktionen enthoben. Eine moderne Gemeinde- und Kreisordnung trat an Stelle der gütsherrlichen und ständischen Einrichtungen. Der Landesrat, der enge Verbindung mit der ukrainischen und finnischen Unabhängig-

keitsbewegung hielt, beauftragte nach dem Sturze der Kerenski-Regierung sein Präsidium nebst Seniorenkonvent mit der Führung der Regierungsgeschäfte und der Durchführung der staatlichen Selbständigkeit des Landes.

Bei diesem Bestreben geriet die neue Landesvertretung in Konflikt mit der bolschewistischen Gruppe, die trotz der theoretischen Anerkennung „des Rechts auf Selbstbestimmung bis zur Loslösung“ durch die Petersburger Sowjetregierung am 3. November 1917 sich der Durchführung der vollen Unabhängigkeit widersetzte. Als die Wahlen zur konstituierenden Versammlung, die Mitte Februar 1918 zusammengetreten war, eine Zweidrittelmehrheit für volle Unabhängigkeit ergab, bemächtigten sich die Bolschewisten vorübergehend der Herrschaft. Sie wurden jedoch mit Hilfe der inzwischen gebildeten nationalen estnischen Truppen überwältigt. Das Regierungskollegium des Landrats erließ dann am 24. Februar d. J. ein Manifest, das die Unabhängigkeit Estlands erklärte.

Schon vor diesem letzten Schritt hatte die estnische Regierung einen Vertreter nach Stockholm geschickt, um durch Vermittlung des deutschen Gesandten Führung zur deutschen Regierung zu gewinnen. Man wollte Klärung über eine Reihe grundlegender Fragen, deren erste die war, ob Deutschland die Unabhängigkeit eines selbständigen Estland unter gewissen Voraussetzungen anerkennen und bei freundschaftlichen völkerrechtlichen Beziehungen für die Zukunft garantieren werde. Für die innere Ausgestaltung des unabhängigen Estlands wurde folgende Grundforderung erhoben: „Der staatsrechtlichen Organisation Estlands wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zugrunde gelegt, wobei im Grundsatz die politischen und kulturellen Rechte der nationalen Minderheiten der Deutschen, Schweden, Russen festgelegt werden.“ — Außerdem wurde eine durchgreifende Agrarreform zur Bildung von bäuerlichen Anwesen von 10 bis 25 Hektar in Aussicht genommen. — Hinsichtlich der außenstaatlichen Beziehungen wurde ein Schutz- und Trugbündnis mit Finnland und eventuell „eine lose Personalunion mit einem in Süd-Finland zu schaffenden lettischen Staatswesen“ vorgeschlagen. In bezug auf das Verhältnis zu Deutschland hieß es: „Das nähere völkerrechtliche Verhältnis des unabhängigen Estland zum Deutschen Reich als zur nächsten Garantiemacht soll in der Folge von der estnischen Volksvertretung bestimmt werden.“

Diese Fragen ließ die deutsche Regierung unbeantwortet. Der Abgesandte der estnischen Regierung erhielt nicht die Erlaubnis, nach Berlin zu reisen. Militärliche, unter baltisch-deutschen Einflüssen stehende Instanzen, schoben sich zwischen ihn und die Reichsleitung.

Als dann der Einmarsch der deutschen Truppen in Estland erfolgte, stellte die estnische Regierung ihre Truppen den Deutschen im Kampfe gegen die bolschewistischen Herrenteste zur Verfügung und suchte sofort Führung und Verständigung mit den deutschen Kommandanten zu gewinnen. Die Antwort war die Verweigerung des nachgekauften Empfangs und Aufkündigung aller estnischen Verwaltungseinrichtungen. An Stelle der neuen örtlichen Gemeinden wurden wieder die vorrevolutionären Gutsbezirke und Regimentsgemeinden eingeführt, in den Städten wurde die alte Privilegiertenversammlung wieder in den Sattel gesetzt. Der demokratisch gewählte Landtag mußte der ritterschaftlichen Ständevertretung wieder Platz machen, und diese erhielt nicht nur ihre alten Rechte wieder, sondern wurde darüber hinaus auch noch mit staatsrechtlichen Kompetenzen begabt, die sie zuvor niemals besessen hatte. Völlige Vernichtung aller demokratischen Erzeugnisse der Revolution und Neubestätigung der Herrschaft der kleinen baltisch-deutschen Herrschaft in Stadt und Land, das war das Ziel. „Die Einberufung des estnischen Landtages kommt ebenso wie die Wiederherstellung anderer Erzeugnisse des Revolutionsjahres 1917 nicht mehr in Frage“ — erklärte Generaloberst Graf Kirchbach am 20. Mai 1918 in einem an die Vertreter estnischer Vereine der Stadt Narva gerichteten Schriftstück. — So sah die den Esten geleistete „Hilfsaktion“ aus.

Trotz dieser Vorgänge gaben die estnischen politischen und kulturellen Organisationen die Hoffnung nicht auf, mit der Reichsleitung zu einer Verständigung zu gelangen. Nachdem es Vertretern der Esten in Dorpat gelungen war, eine persönliche Rücksprache mit dem Prinzen Heinrich von Preußen zu erlangen, richteten sie eine schriftliche Ausarbeitung an ihn mit der Bitte „über die geschilberte Sachlage auch Seine Majestät dem Deutschen Kaiser allergnädigst zu berichten“. Unterzeichner dieser Eingabe waren „Bund der estnischen Landbevölkerung“, „Estnische Demokratische Partei“, „Verband der Dorpater estnischen gesellschaftlichen Organisationen“ und die „Estnische Sozialdemokratische Partei“.

Des weiteren reichten im April d. J. die Vertreter estnischer Organisationen ein Memorandum beim Armeehauptkommando in Dorpat ein, gerichtet an: Prinz Heinrich, Reichskanzler Graf Hertling, Staatssekretär v. Kuhlmann und Reichstagspräsident Kaempf. — In diesem umfangreichen Schriftstück wurde noch einmal die rechtlichen Grundzüge der estnischen Volksvertretung und Regierung und das Vorgehen der Besatzungsmächten dargestellt, sowie die Wünsche der estnischen Bevölkerung in einer Reihe von Punkten zusammengefaßt. Es wurde u. a. gefordert: Zulassung des Zutritts des estnischen

Landtages, Wiedereinsetzung der geschäftigen Selbstverwaltungsorgane, Versammlungs- und Pressefreiheit, Schutz der estnischen Nationalzeichen und Fahnen, Maßnahmen zur Erhöhung der Bevölkerung, Beendigung des Verbotes der Einfuhr alkoholischer Getränke, Zulassung der Einfuhr landwirtschaftlicher Sämereien, Düngemittel usw.

Außerdem aber erludeten die Esten in dieser Eingabe, „daß den Vertretern der estnischen politischen Parteien unbehinderte Fahrt nach Berlin gestattet wird zur Annahme von Beziehungen mit der deutschen Regierung und den politischen Kreisen zwecks gegenseitiger Information und Orientierung“. — Dies forderten dieselben „auch“, damit die baltisch-deutsche Reaktionäre und ihre akrobatischen Schachmänner unterstützen, sie seien Entente Freunde und nur darauf bedacht, das Baltikum zu einer englischen Provinz zu machen.

Auch dieser Verständigungsversuch der Esten blieb unbeantwortet. Die Vermutung liegt nahe, daß die Eingabe niemals an den Reichskanzler oder die anderen Ministerien befördert wurde, sondern bei irgend einer militärischen Instanz hängen blieb. Jedenfalls wurde sie dem Reichstag nicht zur Kenntnis gebracht.

Inzwischen hat der aus der Kampfbahn der baltischen gebildete und durch ernannte oder befohlene Beamte und lettische Beamte erweiterte ritterschaftliche Landtag, diese Spottgeburt einer Volksvertretung, den Vorschlag der Personalunion und enge Angliederung des ganzen Estlandes an Preußen gemacht. Daß dieses durch die Wirkung der Militärbehörden zustandegebrachte Vorgehen keinen Anspruch darauf erheben kann, als Ausdruck der Selbstbestimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu gelten, liegt auf der Hand.

Eine einwandfreie Feststellung des Willens der Bevölkerung allein die Unterlage abgeben für eine Verständigung der Dinge dort, die Bestand und Bestand hat. Die baltische und englische Regierung haben der Reichsleitung des estnischen Landtages die vorläufige Anerkennung, der Unabhängigkeit zugesagt, bis auf der zukünftigen Verhandlung näheres über die Stellung des Landes zur Reichsleitung des Reichs des Volkes, über sich selbst zu bestimmen beschließen werde. Es ist tief zu bedauern, daß bis jetzt von deutscher Seite das Recht der Esten und Letten auf demokratische Selbstbestimmung so sehr mißachtet werden ist. Die große Mehrheit der Bevölkerung kann uns, wie die ungeteilten Dokumente bezeugen, mit Vertrauen entgegen. Sie suchte Anschluss und Verständigung auf einer Grundlage, die für Deutschland und auch für die Deutschen im Baltikum selbst große Vorteile bot. Statt ihren Vorschlägen versuchen entgegenzukommen, hat man sie abgelehnt.

Bei der endgültigen Regelung der Ostfrage schließt der Bevölkerung in der Randaktion selbst das entscheidende Wort. Dies Recht auf Selbstbestimmung ist ihr auch bereits in der Theorie zugesagt worden. Rückwärts die Militärkräfte und die Entente haben es grundsätzlich anerkannt. Die Forderung auf Revision des Ostfriedens kann keinen anderen Sinn haben, als diesen Recht Gehör zu verschaffen. Wie wichtig es für das deutsche Interesse dabei sein wird, daß die Bevölkerung nicht von Enttäuschung und Mißtrauen gegen uns erfüllt ist, sieht jeder Einsichtige.

Die Männer freilich, die jetzt in den Randgebieten im Namen des Deutschen Reiches „Politik“ machen, scheinen zu glauben, es läge im deutschen Interesse, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dort beim allgemeinen Friedensschluß gegen uns sei. Bis in die neueste Zeit hinein haben sie sich mit den bewährten Methoden des baltischen Junkerpolitik zu peinigern und zu verleben. Es ist wahrhaftig die allerhöchste Zeit, daß hier ein gründlicher Wandel eintritt.

## Die politische Debatte im Hauptauschuß.

Am Mittwoch kam es im Hauptauschuß zu überaus heftigen Angriffen gegen das ganze militärische System. Den Anfang machte der Zentrumsabgeordnete Gröber, der behauptete, daß wenn auch die militärische Lage momentan nicht verzweifelt sei, doch zu einem pessimismus keineswegs Anlaß vorhanden sei. Die innere Front, die von großem Einfluß auf die militärische Front ist, hänge aber in ihrer Festigkeit ab von dem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volk. Vizeminister v. Bayer habe in Stuttgart ein Programm der Regierung entwickelt, das vom Zentrum durchaus abgelehnt werden könne. Zwecklos habe aber die Regierung in manchen Dingen verjagt und zwar deshalb, weil ein Zwiespalt besteht zwischen Regierung und mehreren vorderen Stellen. Dieser Widerspruch muß so rasch als möglich beseitigt werden, ehe es vielleicht zu spät ist. Wenn dem außerordentlichen Mittel notwendig seien, dann müßten sie ohne jede Rücksicht angewendet werden. Abg. Gröber forderte dann, daß die Regelung der Ostfrage dynastische Interessen vollkommen ausgeschlossen werden müßten und daß man den Völkern ein wirklich freies Selbstverwaltungsrecht einzuräumen habe. Gröber sagte dann, daß diese Völker selber nicht verlangen, daß die Revision der Friedensverträge herbeigeführt werden soll. Ein anderer, unerkürt bezeichnete es der Zentrumsredner, daß man den Völkern im Osten verbietet, mit deutschen Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu treten. Sogar den Litauern, die schon auf einer Kundgebung in Deutschland waren, hat man auch nicht zugehört, bei ihrer Anwesenheit in Berlin mit Zentrumsabgeordneten



zu sprechen. Genau so unerhört sei es, daß die polnische Frage heute immer noch in der Schwebelage sei. Gröber verlas dann einen Erlass des preussischen Kriegsministers, der darin die Behörden auffordert, alle Verhandlungen zu verbieten, in denen über den Verständigungsfrieden gesprochen werden soll.

Das Verbot richtete sich zunächst gegen die Organisation der Friedensfreunde, mußte aber natürlich in seiner Wirkung alle Verhandlungen ergreifen, die sich mit der gleichen Frage beschäftigen. Abg. Gröber stellt fest, daß der Reichsausschuss mit diesem Verbot nicht einverstanden sei. Genau so liege es mit dem Verbot.

In öffentlichen Versammlungen das preussische Wahlrecht zu erweitern.

Dem Herrenhausmitglied Stegerwald hat man verboten, in Mäntel über diese Regierungsvoorgänge zu reden. Es müßte verlangt werden, daß der Zustand aufhört, daß militärische Kreise die Politik der Reichsregierung durchkreuzen.

Abg. Scheidemann, der dann zu Worte kam, rechnete mit der Regierung in überaus scharfer Weise ab. Er hielt für das letzte Jahr das schlimmste gewesen zu sein, das das deutsche Volk jemals erleben mußte. Viele Hoffnungen sind zerfallen worden, ohne daß man dem Frieden näher gekommen sei. Die heutige militärische Lage dürfte zurückzuführen sein auf die Untertänigkeit des Gegners und die Unterfütterung hat man dem ganzen deutschen Volke beibringen verstanden. Die Erklärungen des Generals von Misesberg genügen in keiner Weise, es müßte vielmehr eine umfassende Aufklärung gefordert werden. Wir sind der Überzeugung,

daß der Krieg gewonnen ist, wenn man den Bestand des Reiches sichert und uns Freiheit im Innern bringt.

Die militärischen Klassen dagegen stellen ihre Ziele erheblich weiter und verhindern auf diese Weise eine Verständigung. Gröber kritisiert dann die Diktatorien und erklärt, daß die Zusatzverträge zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk ein schwerwiegendes Hindernis darstellen. Die Verträge sind in gewissem Kreise geradezu abenteuerliche Mäße und es sei Aufgabe der Regierung, die Verträge dieser Mäße deutlich vor sich abzuklären. Der Plan des Reiches den Herzogtum von Kurland zu verschaffen, müßte als endgültig erledigt angesehen werden. Das finnische Königsgeheimnis dürfe Deutschland zu nichts verpflichten. Wenn der Landgraf von Hessen nach Simland gehe, so tue er das vollständig auf eigene Rechnung und Gefahr. Scheidemann schloß damit ab.

Während militärische Kreise die Bestrebungen der Zivilregierung einfach durchkreuzen.

Man stellt sich auf den Standpunkt.

Substantiell regiert und nicht Herrling.

Wie der Militarismus bei uns im Lande herrscht, das zeige das Vorgehen gegen die von den Unabhängigen einbrutene Wählerversammlung. Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen dieses Vorgehen sofort den Protest erhoben. Ihm (Redner) sei sogar die Möglichkeit in einer Versammlung direkt verboten worden, auch nur ein Wort über das preussische Wahlrecht zu sagen. Nicht weniger toll treibe es die Zensur, die sogar die Veröffentlichung von Äußerungen über den Krieg ohne weiteres untersagt. Auf diese Weise bestrebe man die Stimmung im Lande merklich zu ändern. Die Bemühungen militärischer Kreise, jede freie Meinung im Volke einfach niederzuknüppeln, haben dazu geführt, daß die Stimmung an der Front immer schlechter wurde. Der Militärdiktator gegenüber müßte es heißen:

Fort mit den Nebenregierungen.

Wir haben ein Programm aufgestellt, bei dessen Einhaltung es uns möglich wäre, die Regierung zu unterhalten. Abg. Scheidemann bezieht sich dann die polnische Frage und hält dem Reichsausschuss vor, was Abg. Gröber über diese Lage in einem Briefe darüber geschrieben hat. Zweifellos war der Einmarsch in Belgien genau so ein Fehler wie die Proklamierung des uniaxialen Krieges. Die Regierung müßte sich darüber klar sein, mit Konsequenzen sei heute nichts mehr zu bezweifeln: was wir brauchen, ist ein

gründlicher Entschlußwechsel.

General v. Misesberg hat dann den Erlass des Kriegsministers erwidert, daß die Vertagung der Friedensfreunde mit ihren Versammlungen nur die Stimmung im Volke herabsetzen wolle. Die Vertagung, daß über das Wahlrecht nicht gesprochen werden dürfe, ist längst beseitigt, aber es ist möglich, daß immer noch Märsche vorkommen, denn die kommandierenden Generäle haben auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Sicherheit im Innern des Reiches nicht gefährdet werde. Den Wählenden des Abg. Haase werde man künftig kein Hindernis mehr in den Weg legen.

Abg. Nitschke teilt dann aus, daß es die Schuld der Regierung selber sei, wenn die Stimmung im Volke immer schlechter gemorden sei. Zu Feststellungen sei kein Anlaß vorhanden, denn wir stehen in Notstand, ein Mangel an Kriegsmaterial besteht nicht, jedoch wir also durchhalten in der Lage sind. Die politische Leitung des Reiches müßte aber alles tun, um die Hemmnisse zu beseitigen, die sich der geschlossenen inneren Front entgegenstellen. Ohne Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand sei auf eine gründliche Besserung nicht zu rechnen. Die Regierung kann sich das Vertrauen im Volke nur dann verdienen, wenn sie den Kampf gegen die widersprechenden Elemente aufnimmt, ganz besonders aber in der Wahlrechtsfrage. Die Schaffung eines Bürgerbundes sei mit Freunden zu begrüßen. Redner erklärt, daß der Verlust des Generals v. Misesberg, den ungeschweigenen Erlass des Kriegsministers zu entzweiigen, durchaus möglich sei.

Abg. Stresemann erklärt, daß auch die Nationalliberalen auf den Boden des Programms treten, das zwischen Mehrheit und Regierung vereinbart sei. Den Ausführungen Scheidemanns über Belgien glaubt Abg. Stresemann entgegenzutreten zu müssen. Er fordert, daß dem Reichstag das ganze Material über Belgien vorgelegt werde, dann erst sei die Möglichkeit geboten, Klarheit zu gewinnen. Redner warnt dann davor, sich in die inneren Verhältnisse Belgiens einzumischen und erklärt, daß die Zusatzverträge, die mit Russland geschlossen wurden, auf die Zustimmung der Nationalliberalen rechnen können. Er befragt dann, daß bei der Landbereinigung im Osten die Ritterschaft in der einseitigen Weise bevorzugt wurde und erklärt, daß keine Forderungen mehr überhöht werden können, die zu überwinden waren, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts steht, dessen Herbeiführung nicht mehr aufgeschoben werden könne. Wenn das Herrenhaus für die Wahlrechtsverträge der Regierung nicht zu haben ist, dann müßte die Regierung die Konsequenzen ziehen und den Landtag auflösen.

Misesberg läßt dann mitteilen, daß er am Nachmittag den Mitgliedern des Ausschusses vertrauliche Mitteilungen über die militärische Lage machen wolle.

Die Beratungen wurden dann auf Donnerstag vertagt.

# Was der Krieg bringt.

## Der deutsche Abendbericht.

21. Berlin, 25. September abends. (Amstich.) Zwischen Dmignon-Bach und der Somme wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen.

## Der Österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 25. September. (Amstich.)

In der Grazer Südbahn sind zwischen der Brenna und der Pizze wieder italienische Erkundungsvorhänge. In den sieben Stunden legte der Feind gestern bei Canaze keinen

Teilangriff fort. Die Engländer, Italiener und Tscheco-Slawen wurden überall gemorrt, an einer Stelle durch einen Gegenstoß von Pardubitzer Dragonern.

## Die Kämpfe in Mazedonien.

Der bulgarische Generalstab hat nach einer Meldung aus Sofia den Pressevertretern eine längere Erklärung über den Gang der in Mazedonien begonnenen Operationen. Dem Feinde, sagte er, ist es um den Preis außerordentlich schwerer Verluste gelungen, die bulgarische Front zu verschieben und in gewisser Ausdehnung Boden zu gewinnen. Die Räumung dieser Zone wurde vom Oberkommando angeordnet, um die Armees der Aktion in unversetzter Schlachtlage zu bewahren und im entscheidenden Augenblicke zur Verfügung zu halten. Unsere Nachhut hat den feindlichen Truppen sehr empfindliche Verluste zu. Einen anderen Stoß richtete der Gegner gegen unsere Stellungen zwischen Wardar- und Doiran-See, wo er beabsichtigte, unsere Linien zu durchstoßen, in unsere hinteren Verbindungen einen Einbruch zu machen und für unsere westlich des Wardars stehenden Truppen eine schwierige Lage zu schaffen. Aber trotz des großen Aufwandes an Munition und der Teilnahme bedeutender Streitkräfte brach der Stoß des Feindes an dem Widerstande der 9. Division. Die Gegner erlitten Verluste, die auf mindestens 8 bis 1000 Tote und Verwundete geschätzt werden. Unsere ausgezeichnete Lage in diesem Abschnitt gestattete uns wohl, diesen glänzenden Erfolg auszunutzen; aber immerhin sahen wir aus gleichen Gründen von Operationen ab, die uns zwar einen großen Erfolg bringen konnten, aber mit erheblichen Opfern hätten erlauft werden müssen.

## In Palästina

tohen gegenwärtig wieder außerordentlich heftige Kämpfe. Die Engländer sind am Jordan wieder zur Offensive übergegangen und haben hierbei unstreitig Erfolge erzielt. Der türkische Bericht lautet:

In der Palästinafront nahmen unsere Bewegungen den geplanten Verlauf. Der Engländer folgt nur Schrittweise. Sonst nichts Neues.

Begeben melden die Engländer aus Palästina: Nachdem wir die Jordan-Überquerung bei Bir-es-Damir am Morgen des 22. 9. beendet hatten, war der letzte offene Weg zur Südküste des Feindes geschlossen worden. Die 7. und 8. türkische Armee kam so gut wie angedeutet zu existieren. Der ganze Train ist in unsere Hand gefallen. Am 22. 9. 8 Uhr abends waren 25000 Granatminen und 260 Geschütze gezählt. Viele Gewehre und viel Kriegsgeschütz sind in dieser Zahl noch nicht anbezogen.

## Die Engländer in Archangel.

Die Engländer verhängten nach der P. T. A. über die Stadt Archangel den Kriegszustand und verhafteten alle Sozialisten.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Holland, sowohl mit der Entente, als auch mit Deutschland, werden demnächst wieder aufgenommen.

## Hungerstreik einer französischen Sozialistin.

Das Ehepaar Marou wurde bekanntlich wegen seiner Werbetätigkeit für den Frieden zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Beide sind Volksschullehrer und gehören derjenigen Lehrervereinigung an, die dem französischen Gewerkschaftsbund angegeschlossen ist. Im Gefängnis werden sie wie gemeine Verbrecher behandelt, so daß Frau Marou sich entschlossen hat, durch Hungerstreik die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich zu lenken. Sie verlangt, als politische Gefangene behandelt zu werden. Die am 15. September abgehaltene Konferenz der Pariser Sozialisten erhob Einspruch gegen die Behandlung der Bürgerin Marou zuteil geworden ist und fordert das Ministerium auf, ihren Wunsch zu erfüllen und sie als politische Gefangene behandeln zu lassen.

## Endlich Schluß gemacht!

Die „Progres de Lion“ meldet, beiläufig der Schiedsgerichtsausschuss der Sozialistenpartei mit vier neuen drei Stimmen den Ausschluß Herbes, des Chefredakteurs der „Victoire“, aus der Partei.

Im Interesse der Einheit der französischen Partei hätte es gelegen, wenn man mit Herbe schon vor einigen Jahren Schluß gemacht hätte. Wenn es nun endlich geschieht, so ist es in der Tat die allerhöchste Zeit.

## Ueber die Londoner Sozialistenkonferenz

wird aus Geni noch folgende interessante Mitteilung verbreitet: Das Pariser Blatt „Populaire“ bestätigt, daß sowohl Compers als auch Henderson und Thomas an der Londoner Konferenz scharfe Worte zu hören bekommen, weil sie unempfindlich gegen die Friedenssehnsucht der Völker nur den Winken der gegenwärtigen Machthaber gehorchen wollten. Besonders heftig tadelt die Franzosen Cachin und Ribelli, dieser als Vertreter der französischen Sozialisten, deren Ziel sei, den französischen Arbeiter gegen die eigentlichen Sozialisten (deutscher Kolonialkrieg) mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zeitig wäre es zu einem Handgemein zwischen Compers und Marxton gekommen, der über das Warten der amerikanischen Sonderpolitik keine Fälle berichtete, die nachhaltige Bewegung hervorriefen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Zur Lage.

Im Anschluß an die gestrigen Hauptauschuss-Verhandlungen hielten die einzelnen Parteien wieder Fraktionsversammlungen ab. Ueber eine am Mittwoch abend stattfindende Sitzung der Mehrheitsparteien äußert die „Politische Zeitung“ folgende Bemerkungen: „Der Gegenstand der heutigen gemeinsamen Beratungen der Fraktionen werden die sozialdemokratischen Forderungen bilden. Man nimmt an, daß das Zentrum den wesentlichen Teil des Programms akzeptieren wird. Andererseits hat es den Anschein, als ob in gewissen Punkten die Sozialdemokraten sich zu einer entgegenkommenden Annäherung ihrer Forderungen verhalten werden. Aus alledem darf man schließen, daß nach dem Laufe der Ereignisse die Konzentration sich immer mehr zu einer reinen Vereinigung gestalten wird und gewinnbringend der Eindruck, daß die Parteienzweige an sich kein dauerndes Trennungsmoment zwischen den Parteien der Mehrheitsparteien bilden wird.“

## Ueber die Bedingungen der Sozialdemokratie

lagt das „Berliner Tageblatt“: „In dem Programm ist nicht besonders ausgesprochen, daß in Zukunft bei Entschörungen über Krieg, Frieden und Bündnisverträge der Reichstag mitzuwirken hat. Auch von einer Amnestie, von einer Begnadigung der während des Krieges wegen politischer Vergehen Verurteilten, ist nichts darin erwähnt. Die Sozialdemokraten verlangen nicht einmal, daß der Reichsausschuss Frieden unter allen Umständen renibiert werde, und erklären nur, er dürfe kein Friedenshindernis sein. Alles, was in dem Programm über den Völkerverbund, über die Wiederherstellung Belgiens, über die Autonomie Elsch-Lothringens, über die Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, über die Veröffentlichungen der Krone und über die Zensur steht, unterschreiben wir für unser Teil Punkt für Punkt. Die meisten dieser Forderungen sind hundertmal in den Reichstagsdebatten auch von „bürgerlichen“ Rednern erhoben worden, und zu irgendwelchem Gruseln besteht bei dieser Bedingungsliste, wirklich kein Grund.“

## Politische Expresse.

Bekannt ist nach der Vorleser der „Deutschen Zeitung“ gegen Herrn von Kühlmann. Es ist bemerkenswert, daß dieses Blatt im Falle einer Ministerkrise gegen neue Männer schon wieder ähnliche Angriffe in Aussicht stellt. Das Blatt weist am Dienstagabend darauf hin, daß man ihm im Falle Kühlmann den Vorwurf gemacht habe, daß es sich in dieser Sache nicht an die entscheidenden amtlichen und parlamentarischen Stellen gewandt, und fährt fort: „Unter den von der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse für diese Aemter in Vorschlag gebrachten Personen finden sich solche, die nicht nur sachlich, sondern auch persönlich vollkommen ungeeignet sind, im Dienste der Krone und des deutschen Volkes vor dem In- und Auslande zu stehen. Nun fragen wir: Was sollen wir tun, um einerseits zu verhindern, daß derartig ungeeignete Leute an oberste Stellen kommen und um andererseits zu vermeiden, daß wir uns wieder denselben Angriffen aussetzen, wie sie im Falle Kühlmann gegen uns erhoben worden sind? ... Wo, was sollen wir tun? Diese Frage richten wir an Freunde und Gegner und werden für jeden guten Rat dankbar sein, der uns aus unseren Gewissensnöten befreit. Vielleicht macht ihnen ein Ausgang der Krise nach der Art des Hornberger Schießens ein Ende — aber wir wollen doch für alle Fälle gerüstet sein.“

## Was Ruhe und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 26. September.

## Gehaltszulagen für die Beamten, die in den Ruhestand versetzten Beamten und die Beamtenhinterbliebenen, sowie Neufestsetzung der Honorare der Mitglieder des Senates.

Die Gewährung fester Gehaltszulagen an die Beamten und die Erhöhung der Bezüge der Witwen und Hinterbliebenen von Beamten sowie die Neufestsetzung der Senatorenhonorare hat bereits im Mai d. J. die Regierung beschäftigt. Ein diesbezüglicher Antrag, der von 64 Reichstagsmitgliedern unterzeichnet war und einige damit in Verbindung stehende Anträge von Hoff, Dr. Fiehl und Dr. Wittern wurden dem Bürgerausschuss übergeben, der für alle dem Senat entgegenbrachte. Dieser suchte die verschiedenen Anträge in einer Vorlage zu berücksichtigen, die im Juni an den Bürgerausschuss ging. Darin wurde verlangt, daß die Gehälter der Beamten vom 1. April ab erhöht werden, und zwar nach der Gehaltsstufe von 1911 um 30 Prozent in den Besoldungsklassen A I—III, um 25 Prozent in den Besoldungsklassen A VI—IX, B I, C I—III, um 20 Prozent in den Besoldungsklassen A X—XVI, B II, C IV—VIII, um 15 Prozent in den Besoldungsklassen A XVII—XXI, C IX—XII. In gleicher Weise sollten die Pensionen und Witwen- und Waisengelder erhöht werden. Vorgezogen war darin endlich eine Erhöhung der jährlichen Honorare für die gelehrten Senatoren von 14000 Mk. auf 20000 Mk. und für die kaufmännischen Senatoren von 6000 Mk. auf 10000 Mk.

Der Bürgerausschuss vermittelte die Vorlage, die weit über eine Million Mark an Ausgaben verursacht, von denen der größte Teil allerdings heute schon in der Form von Leucungszulagen gezahlt wird, an eine Kommission. Diese hat sie in zahlreichen Erörterungen nicht unerheblich verändert. Vor allem soll die 30prozentige Erhöhung einem größeren Kreis von Beamten zugute kommen, weshalb man weitere Gehaltsstufen, als in der Senatsvorlage dafür vorgesehen waren, damit bedachte. Die Regelung der Erhöhung der Pensionen und Hinterbliebenenbezüge soll auf einer anderen als der vom Senat vorgelegenen Grundlage erfolgen. Die Vorschläge der Kommission gehen dahin:

1. daß die Gehälter der Beamten vom 1. April 1918 ab erhöht werden, und zwar nach der Gehaltsstufe von 1911 um 30 Prozent in den Besoldungsklassen A I—X, B I, C I—IV, um 25 Prozent in den Besoldungsklassen A XI—XIII, B II, C V—VIII, um 20 Prozent in den Besoldungsklassen A XIV—XVIII, C IX—X, um 15 Prozent in den Besoldungsklassen A XIX—XXI, C XI—XII, und daß die hiernach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe bis zu 1170000 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplanes angewiesen werde;
2. daß die Gehälter der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter vom 1. April 1918 ab nach dem Gehaltsplan vom 12. Juli 1911 um 30 Prozent erhöht werden und daß die hiernach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe bis zu 33260 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde;
3. daß die Pensionen der in den Ruhestand versetzten Beamten und Hilfsarbeiter sowie die Witwen- und Waisengelder von Hinterbliebenen von Beamten und pensionsberechtigten Hilfsarbeitern vom 1. April 1918 an in der Weise erhöht werden, daß bis zu einem Betrage von 1200 Mk. 50 Prozent, von 1201—3000 Mk. 30 Prozent, von 3001—5000 Mk. 20 Prozent, von 5001—8500 Mk. 10 Prozent und über 8500 Mk. 5 Prozent zu gewahren sind, und zwar mit der Maßgabe, daß, falls das Ruhegeld oder das Witwen- und Waisengeld einer höheren Gruppe den in einer vorhergehenden Gruppe gewährten Betrag nicht erreichen, die höhere Summe zu zahlen ist, und daß die hiernach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe bis zu 118800 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde;
4. daß in Abänderung des Gesetzes vom 7. April 1875, die Honorare der Mitglieder des Senates betreffend, sowie der darauf bezüglichen Rat- und Bürgerstimmlose vom 20. März 1893 und 20. Juni 1902 die Honorare der Mitglieder des Senats vom 1. April 1918 ab neu festgesetzt werden: für die dem Geschlechtsstande angehörenden auf 20000 Mk. jährlich, für die übrigen auf 10000 Mk., nebst einer Entschädigung für Ehrenausgaben an den den Vorsitz im Senate führenden Bürgermeister von 5000 Mk., und daß die danach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe von 74600 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde.

Eine Minderheit der Kommission war der Meinung, daß für die höheren Gehälter über 8500 Mk. das Bedürfnis für die vom Senat beantragten Zuschläge in dem Maße nicht anerkannt werden kann. Sie vertrat insbesondere auch die Anschauung, daß für die höchsten Beamten, die jetzt im Endgehalt 10 500 und 12 000 Mark beziehen, ein Zuschlag von 10 Prozent genügt. Daß ihnen als jeder Zuschlag zu viel gewährt wird, wie die geringstbesoldeten Beamten der Klassen A I—IV als Anfangsgehalt erhalten, kann sie nicht für richtig halten. Nach ihrer Ansicht würde das



Mitglieder getroffen, wenn der Bürgerausschuss der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung empfahl, daß folgende Zuschläge angenommen würden: Klasse A XVII—XVIII, C X 15 Prozent; Klasse A XIX bis XXI, C XII—XIII 10 Prozent. Eine Einigung über diese innerhalb der Kommission aufzufinden Gegenstände war nicht zu erzielen.

Auch bezüglich der Sekretshonorare war keine Einigung in der Kommission zu erzielen. Die Minderheit vertritt den Standpunkt, daß sich die von Dimpler und 64 Genossen angeregte und vom Senat beantragte Neufestsetzung der Honorare in der vorgeschlagenen Höhe nicht rechtfertigen läßt, weder in Rücksicht auf die Finanzen Lübecks noch auf die Größe der Stadt und des Staates. Wenn eine Stadt wie Kiel mit ihrer doppelten so großen Einwohnerzahl und ihrem doppelten so großen Etat für ihren Magistrat, der aus ebenso vielen Personen besteht wie Lübecks Senat, im ganzen 105.000 Mk. ausnimmt, hier aber künftig 225.000 Mk. aufgewendet werden sollen, ist das ein Mißverhältnis, für das jede Begründung fehlt. Sie darf nicht darin gesucht werden, daß unsere Stadt souverän ist und inselgeschlossenen für ihre Verwaltung mehr auszubringen hat. Das Lübeck mit seinen 14 Senatsmitgliedern zu teuer arbeitet, lehrt sich ein Vergleich mit unseren Schwesterstädten Hamburg und Bremen, die, trotzdem sie unseren Staat um ein Vielfaches an Größe übertreffen, nur 18 bzw. 17 Senatoren im Ratskollegium haben. Bremen aber gewährt seinen Senatsmitgliedern nach der Festsetzung vom Jahre 1912 nur 18.000 und 12.000 Mk., während hier 20.000 und 10.000 Mk. beantragt werden. Gründe für diese Bemessung der Honorare finden sich weder in dem Antrage von Dimpler und Genossen noch in der Senatsvorlage. Wenn ausgesprochen worden ist, daß durch ein möglichst hohes Gehalt die Wahl der Richter in den Senat gewährleistet werde, hält die Minderheit diesen Grund bei dem jetzigen der Befassung geübten Wahlverfahren für hinfällig. In ihrer Meinung ist es erminlich, den Senat anders zusammenzusetzen und in ihm auch unbesoldete Senatoren, die beispielsweise in Kiel als unbesoldete Stadträte nur eine Dienstaufwendungsabgabe von 1800 Mark erhalten, tätig sein zu lassen. Wenn man aber Gründe für eine Erhöhung der Senatshonorare anerkennen will, kann sich eine solche nur in dem Rahmen rechtfertigen, wie er für die Beamten gewöhnt ist, d. h. bei einem prozentualen Zuschlag von 15 und 20 Prozent eine Neufestsetzung auf 16.000 und 7.000 Mk.

Die Mehrheit der Kommission konnte sich diesen Anschauungen in keiner Weise anschließen. Einen Vergleich unseres Senates mit Magistratskollegien preussischer Städte muß sie durchaus ablehnen. Lübeck als souveräner Staat und beispielsweise Kiel als Provinzialstadt können hinsichtlich ihrer Verwaltung nicht zueinander in Beziehungen gesetzt werden, will man nicht zu falschen Schlüssen kommen. Wenn ein Vergleich gezogen werden soll, ist ein solcher nur mit Zentralbehörden möglich, nicht aber mit der Lokalbehörden einer preussischen Stadt, auch wenn diese Lübeck an Größe um ein Vielfaches übertrifft. Im übrigen ist mit den Verhältnissen, wie sie nach unserer Befassung sind, zu rechnen und nicht damit, wie es etwa sein könnte oder müßte. Stellt man sich aber auf den Boden dieser Verhältnisse, ist kein Grund geltend zu machen, den Senatsmitgliedern, die ihr seitiges Honorar seit nunmehr 16 Jahren in der gleichen Höhe beziehen, die vorgeschlagene Erhöhung nicht zu gewähren. Gewiß geht sie prozentual über das, was die Beamten an Zulage erhalten sollen, nicht unerheblich hinaus, aber das Bild ändert sich doch wesentlich, wenn man die Gehalte einzelner höherer Beamten aus dem Jahre 1902 mit dem ihnen jetzt zuzubilligenden vergleicht. Es kann zudem nicht im Interesse unserer Vaterstadt liegen, wenn tüchtige Männer durch ein nicht den Zeitverhältnissen entsprechendes Gehalt davon zurückgehalten werden, eine Wahl in den Senat anzunehmen. Die Besoldung muß so bemessen sein, daß die Senatsmitglieder nicht wie jetzt auf Einmahnen aus ihrem Vermögen geradezu angewiesen sind, tüchtige Männer ohne Vermögen aber aus diesem Grunde eine Berufung in unseren höchsten Staatskörper ablehnen müssen. Nicht vergessen darf auch werden, daß an die Lebenshaltung der Senatsmitglieder, besonders auch in repräsentativer Hinsicht, Anforderungen gestellt werden, denen in unserer Zeit nur mit einem wesentlich höheren Honorar genügt werden kann.

Der Bürgerausschuss schloß sich gestern den Vorschlägen der Kommission mehrheitlich an. Nur die Neuregelung der Pensionen und Hinterbliebenenbezüge wurde an die Kommission zurückverwiesen. Schließlich wurde noch beschlossen, folgende Ersuchen an den Senat zu richten:

1. der Bürgererschaft eine Vorlage entgegenzubringen, durch die auch den durch Rat- und Bürgerwahl mit Altersunterstützungen, Ruhegehältern oder Renten bedachten Personen eine den Lebensverhältnissen entsprechende dauernde Zulage gewährt wird;
2. die Beratungen über die zu errichtende Ruhelohnklasse so zu beschleunigen, daß der Bürgererschaft schon demnächst eine neue Vorlage vorgelegt werden kann;
3. die Frage der künftigen neuen Festsetzung der Beamtengehälter unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse der Beamten oder die Trennung der Gehälter in ein Normalgehalt und ein nach dem Familienstande des Beamten abgestuftes Wohnungsgeld zu erwägen und das Ergebnis der Prüfung schon vor der Zwangszugnahme der Revision des Beamtenbesoldungsetats vorzulegen.

Der Bürgerausschuss empfahl in seiner gestrigen Sitzung der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung einen Senatsantrag auf Heberlassung einer Kasse für die Lübecker Maschinenbauergesellschaft.

Zum Mitglied der Friedhofs- und Begräbnisbehörde wurde der Genosse Stelling gewählt.

### Kartoffellagerung.

Die Zeit der Kartoffellagerung steht wieder vor der Tür, sie sollte aber nur dort erfolgen, wo auch die geeigneten Räume zur guten Unterbringung der Kartoffeln vorhanden sind. In vielen Landesteilen ist man ja seit jeher gewohnt, den ganzen Winterkartoffelvorrat schon im Herbst einzulagern, und ist auch darauf eingerichtet. In den Großstädten ist das aber vielfach nicht der Fall. Gerade hier muß man daher der Kartoffellagerung ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die häufig gehörte Befürchtung, daß die Kartoffeln in diesem Jahre infolge der vielen Regenfälle wenig haltbar seien, entbehrt zunächst der Begründung. Die Einwirkung der Witterung auf die Haltbarkeit der Kartoffeln ist noch nicht genügend erforscht. Jedenfalls haben wir gesunde Jahre gehabt, in denen die Kartoffeln sich doch recht gut hielt. Auch im vergangenen Jahr befürchtete man allgemein eine geringe Winterhaltbarkeit der Knollen, und doch haben sich die Bestände im allgemeinen gut gehalten. Es liegt also bislang keine Veranlassung vor, mit besonderem Mißtrauen an die Winteraufbewahrung heranzugehen.

Für die Beurteilung der Haltbarkeit der Kartoffel spielt auch die Sorte eine Rolle. Nicht alle Sorten eignen sich für lange Lagerung. Welche Sorten, wie Imperator, Up to date und ähnliche verbraucht man daher zuerst. Auch bei den jetzt im September ausgemachten Kartoffeln bedarf es einer gewissen Vorsicht, da nicht alle Kartoffelsorten schon im September reifen; soweit die jetzt geernteten Kartoffeln schmerzhaft und maßlos, wird man gut daran tun, sie nicht allzu lange lagern zu lassen.

Die besten Bedingungen für die Kartoffellagerung bieten die Keller. Vielfach werden sie aber auch auf Böden gelagert: werden müssen, da nicht alle Hauskulturen über geeignete Keller verfügen. Die beste Lagertemperatur ist 2-6 Grad Reaumur. Keller, die sich nicht so weit abkühlen lassen, sind für die Lagerung ungeeignet, da die Kartoffeln sehr bald zu faulen beginnen. Daß die Kartoffeln Frost nicht ertragen, ist bekannt. Böden sind daher weniger als Keller zur Aufbewahrung geeignet; wo sie dennoch benutzt werden müssen, wird man gut tun, die Kartoffeln bei Frostgefahr, aber auch nur dann, mit Tüchern gut einzudecken.

Einer der häufigsten Fehler ist eine zu hohe Schichtung, welche das Faulen sehr begünstigt und die Kontrolle erschwert. Eine Schichtdicke von 80 Zentimeter sollte nicht überschritten werden; bei größeren Mengen ist dabei ein Gang freizubehalten und

# Der amtliche Kriegsbericht.

M. M. Großes Hauptquartier, 26. Septbr. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kampfbefehle in der Ems-Niederung, nördlich vom La-Pages-Kanal und bei Moenres.

### Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehn.

Hestigem Feuer des Feindes südlich von Epely und bei Bellecourt folgten nur Teilvorstöße des Feindes, die abgewiesen wurden.

Zwischen dem Omignonbach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengefaßten Feuer der Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwergewicht: Vormittag mehrfach wiederholten Angriffe richtete sich gegen die Höhen zwischen Pontreux und Gricourt. Vorübergehend jagte der Feind auch hier Fuß. Im Gegenstich nahmen wir sie wieder. Am Nachmittag setzte der Feind zwischen Frontilly und der Somme erneut zu starken Angriffen an, die bis auf keine Einbruchsstellen abgewiesen wurden.

Wie man hier in den beiden letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei heftigen Angriffsunternehmungen nördlich von Memant (zwischen Ailette und Aisne) machten wir Gefangene. Nördlich von Bailin schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Westlich der Mosel wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen. Die dort kämpfenden Truppen der 31. Landwehr-Brigade nahmen im Gegenstich 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt a. M. und Kaiserlantern angriffen, wurden 7 Flugzeuge abgeschossen. Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

## Der U-Boot-Bericht.

Berlin, 26. Septbr. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England und im Atlantik vertrieben unsere U-Boote 26.000 t. M. A. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Der Taler spricht:

Bin ich ein Wicht,  
Des Mühens und Scharrens  
Und Wahrens nicht wert?  
Wer schmiedet aus mir  
Das deutsche Schwert?  
Da hat ihn die „Neunte“  
Schweigend genommen:  
Er ist in die rechte  
Schmiede gekommen.

kleine Durchgangsanale anzubringen. Besteht der Raum aus Zement, so legt man noch einen Lattenrost unter, damit unter den Kartoffeln Durchzug stattfindet. Die Bestände müssen dann dauernd unter Aufsicht bleiben und etwa alle 2 Wochen neu verlesen werden, damit die faulen Kartoffeln, von denen sich die Gärnis sehr schnell verbreitet, sofort entfernt werden. Aufbewahrung in Säcken und geschlossenen Kisten ist ganz zu vermeiden, da die Kartoffeln hier sehr schnell faulen. Das ganze haben sich in den letzten Jahren die sogenannten Kartoffelkisten wohl bewährt; sie sind allerdings reichlich teuer, man kann sich geeignete Kisten aber auch selber herstellen und es wäre jetzt die geeignete Zeit, in dieser Beziehung vorzuzugreifen, wie überhaupt den Keller für die Aufnahme der Kartoffeln in Ordnung zu bringen. Eine gute Anleitung für diese Kartoffelpflege gibt auch die vom Kriegsernährungsamt herausgegebene kleine Schrift von Geheimrat Appel „Die Kartoffellagerung“, die in der Verlage von R. Marz Hobbing, Berlin SW. 61, Großbeerstraße 17, erschienen ist.

### Mit einer abermaligen Verteuerung der Milch

muß man nach einer amtlichen Ankündigung leider demnächst in Lübeck rechnen. Zur Begründung wurde auch auf die in anderen Gegenden gezähnten Preise hingewiesen. Damit die Bevölkerung auch erkennen kann, wie hoch diese sind, bringen wir hiermit die vom 1. Oktober ab im benachbarten Mecklenburg geltenden gewöhnlich niedrigen Preise zum Abdruck, die sich vielleicht unsere Preisprüfungsstelle zum Muster nimmt: Der Höchstpreis für Milch bei Abgabe an den Verbraucher innerhalb des Gebietes des Großherzogtums (Kleinhandel) beträgt nach einer Bekanntmachung der Landesbehörde für Volksernährung vom 1. Oktober ab: 1. für einen Liter Vollmilch 32 Pfg., 2. für einen Liter Mager- oder Buttermilch 18 Pfg. Mit Zustimmung der Landesbehörde für Volksernährung können von Kommunalverbänden und Gemeinden höhere oder niedrigere Höchstpreise festgesetzt werden. Auch können nach Anhörung der Kommunalverbände und Gemeinden von der Landesbehörde höhere oder niedrigere Höchstpreise bestimmt werden. Als Höchstpreise kommen dabei für den Liter Vollmilch 34 Pfg. und in besonderen Fällen 36 Pfg., für den Liter Mager- oder Buttermilch 20 Pfg. und in besonderen Fällen 22 Pfg. in Betracht. Für besonders gewonnene oder verarbeitete Milch (z. B. Kindermilch) können von der Landesbehörde für Volksernährung Zuschläge zum Höchstpreise zugelassen werden.

Die Nachverkostung von Weinen und Mineralwässern betrifft eine Bekanntmachung des Hauptzollamtes im Inverantenteil, auf die wir hierdurch hinweisen.

Kontakts. Das Kontaktsverfahren wurde eröffnet über den Nachlaß des am 15. September 1915 verstorbenen Richters des Hofes zum Anter, Eppenheim, und über den Nachlaß des am 10. April 1918 gefallenen Dekorationsmalers Duge. In beiden Fällen wurde der Mandatar Grünau zum Kontaktsverwalter ernannt.

Stadttheater. Am nächsten Dienstag gelangt das Lustspiel „Geographie und Liebe“, am Mittwoch die Oper „Lauhäuser“ zur Aufführung, worauf wir berichtigend hinweisen wollen.

Der Güterberaubung verdächtigt. Festgenommen wurden zwei hier wohnhafte Eisenbahnbremer und ein Zugführer der Großherzoglich-Franz-Eisenbahn, die in dem dringenden Verdachte stehen, an Eisenbahnübergabungen beteiligt gewesen zu sein.

Einem Damenmantel entwendet. Ermittelt und festgenommen wurde eine von Roslod hier zugezogene Arbeiterin aus Damgarten, die in einem hiesigen Café einen Damenmantel gestohlen hatte.

Verhafteter Dieb. Festgenommen wurde ein Maschinist aus Boppard, der in dem dringenden Verdachte steht, hier Diebstähle ausgeführt zu haben. In seinem Besitz wurde eine größere Menge Kupfer gefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte.

Sammeldiebstahl. In der Nacht zum 21. d. M. wurde von einer am Brodtkircher Kirchweg bei Travemünde belegenen Koppel ein Hammel gestohlen. Wahrscheinlich hat der Dieb den Hammel lebend von der Koppel geschafft, denn es fanden sich keine Spuren, die auf ein Abflachten des Tieres an Ort und Stelle zeigten.

Einbruch in einem Zigarrengeschäft. In verflorener Nacht sind aus einem Zigarrengeschäft an der Mühlendammstraße mittels Einbruches 1600 Zigarren, 2000 Zigaretten und 10 Palets Streichhölzer gestohlen worden.

Dasson. Eine ganze Nacht kopflüher gehängt. Die Arbeiterin C., ein hochbetagtes Mittelweib, wußte auf den Hausboden zu flüchten, zu dem eine Leiter hinauführte. Die Frau kletterte über den Blech auf der Leiter mit dem Kopf nach unten hängend. Ihre Hilferufe hörte niemand, da sie allein im Hause ist. So muß sie die ganze Nacht in dieser Lage überbringen. Am Morgen kommt eine Nachbarin zufällig in die Wohnung und sieht die Unglückliche auf der Leiter hängend. Mit schnell herbeigezogener Hilfe wird die Armut endlich befreit, ist aber jetzt ganz verwirrt. Sie mußte gleich zu Bett gebracht werden und liegt noch sehr krank darnieder.

Gravesmühlen. Wieder größere Geheimschlächtungen in Mecklenburg aufgedeckt. Trotz ihrer Strafanordnungen werden die Geheimschlächtungen in Mecklenburg fortgesetzt. Bei einem Viehhändler in Dierichshagen wurden größere Mengen Fleisch beschlagnahmt, die von Schlächtungen von Rindvieh in seinem Hause herrührten. Die Geheimschlächterei hatte größere Fleischlieferungen, u. a. auch nach Warnemünde. Der Händler sowie zwei seiner Schlächtgehilfen wurden verhaftet.

Hamburg. Unter schwerem Verdacht. Am Dienstag nachmittag hörten Schiffer im Walkershofener Hafen Hilferufe. Als sie dem Rufe nachgingen, stellten sie fest, daß der Matrose Pötzard, Großneumarkt, mit seiner Frau eine Bootfahrt unternommen hatte. Beim Blähewechsel soll die Frau ins Wasser gefallen und ertrunken sein. Die Leiche konnte noch nicht gehoben werden. Es besteht der Verdacht, daß der Mann seine Frau ins Wasser gestossen hat, da die Eheleute immer in Unfrieden gelebt haben. Der Mann beteuert seine Unschuld, wurde aber trotzdem in Haft genommen. Weiteres muß die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Harburg. Tödlicher Unfall. Der Matrose Friedrich Büchel bediente auf einem Dampfer im Harburger Hafen eine Leuchtmaschine. Er geriet in das Getriebe der Winde, so daß er mehrere Male herumgeschleudert wurde. Hierbei erlitt er so schwere innere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Schwerin. Im Beruf tödlich verunglückt. Der Schiffer Karl Hofmann, Gutenbergsstraße 62 hierseits, ist am Montagabend beim Bergan des Segels seines betadelten Holzlahnes, den er von Rabenstein nach hier steuerte, in der Bucht zwischen dem Bootshaus „Schwerin“ und dem Großherzoglichen Schloß über Bord gefallen und ertrunken.

Edelstedt. Tödlich verunglückt ist der Landmann Christian Jßen in der Südermarsch bei Sulum. Der schwerhörige 77jährige Mann wurde, als er über das Sulum-Lömminger Bahngleis ging, von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Bremen. Gemeingefährliche Milchpantocherei. Als gemeingefährlich und frevelhaft bezeichnete das Landgericht Bremen das Verhalten des Milchviehhalters Friedrich Behrens und seiner Ehefrau, die von diesem Gericht am 30. März wegen Nahrungsmittelfälschung zu je 8 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind. Die Angeklagten, welche 50 Kühe halten, haben der abgukfernden Milch erhebliche Mengen Wasser beigemischt; an einem Tage wurden 26, an einem anderen sogar 37 Liter Wasserzugabe festgestellt. Die Angeklagten wollten von diesem Sach nichts wissen und behaupteten, ihr damaliges Dienstmädchen müsse eigenmächtig das Wasser beigemischt haben. Das Landgericht hat jedoch diesem Einwand keinen Glauben geschenkt. Weiter haben die Angeklagten unerlaubterweise Milch verbuttert und die Butter ohne Marken verkauft. Das Gericht hat festgestellt, daß die Angeklagten sich gemeingefährlich gegen das Gesch verhalten haben. Es bezeichnet im Urteil das Verhalten der Angeklagten als gemeingefährlich und frevelhaft, da die Milch meist für Kranke und Kinder bestimmt war. Die Reaktionen der beiden Angeklagten beschäftigte jetzt das Reichsgericht. Gerügt war u. a. die geschwätzige Befragung des Gerichts. Da hierüber keine Klarheit bestand, verurteilte das Reichsgericht die Einziehung und Beschloß, zunächst eine Auskunft des Bremer Landgerichtspräsidenten über die Geschäftsvorfälle am Landgericht einzuholen. — Auch ein Opfer des Krieges. Dienstag morgen fuhr eine Frau aus Bremen mit dem Zuge nach Delmenhorst, um dann weiterzufahren nach Nechtersfeld und sich dort einige für den Unterhalt notwendige Lebensmittel zu holen. Beim Umsteigen in Delmenhorst wollte sie, wie das bei den heutigen unhaltbaren Zuständen auf der Bahn ist, schnell verfahren, in dem vorstehenden Mißgeschick Zuge einen Platz zu bekommen. Hierbei kam sie zu Fall, geriet unter den Zug und wurden ihr beide Beine abgefahren. Sie starb bald darauf.

Odenburg. Wegen heimlicher Schlächtungen verurteilte die Odenburger Strafkammer eine Anzahl Personen zu drei bis neun Monaten Gefängnis.

## Neueste Nachrichten.

### Zur Lage.

Berlin, 26. September. Die Volkspartei und die Sozialdemokraten hielten gestern in den späten Abendstunden Fraktionsversammlungen ab, wobei die „Voss. Ztg.“ hört, die Ansicht vorzuziehen, daß die eingehendere Besprechung eines neuen politischen Programms jetzt schon deshalb verfrüht wäre, weil dringender die Frage sei, ob Hertling bleibe. Ein neues Programm könnte man nur mit einem neuen Mann besprechen, der sich auch nicht ein Programm aufdrängen lassen werde, sondern ein eigenes mitbringen müsse.

### Der wahre Charakter der interalliierten Sozialistenkonferenz.

Saarlautern, 25. September. Ueber die interalliierte Londoner Sozialistenkonferenz dröhnt der Londoner Korrespondent des „Populaire“: Der Eindruck, den man nach Schluß der Beratungen hat, ist, daß künftig jede ähnliche Konferenz unmöglich geworden ist. Eine Konferenz mit antizipationalistischen Elementen und besonders mit den antizipationalistischen amerikanischen Arbeiter-Delegierten, die durch ihre Zahl die echten Sozialisten unterdrücken sowie Debatten und Entscheidungen fälschen, kann in Zukunft nicht mehr stattfinden. Unsere englischen Kameraden erklären, es sei nötig, die sozialistischen Verbände vorberartig zusammengeleiteten Konferenzen zu warnen.

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwark, Druck: Friedr. Meyer & Co., Gedruckt in Lübeck.



# Für die Wohnung

empfehlen wir in besonders guter Ware

noch sehr preiswert

**Teppiche • Gardinen • Decken**

**Gardinen**  
vom Stück in schönen Mustern  
Meter:  
24<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 10<sup>50</sup> 8<sup>50</sup> 5<sup>95</sup>

**Halb-Stores**  
teils mit echten Klöppelzwischenborten und Motiven  
125<sup>50</sup> 95<sup>00</sup> 78<sup>00</sup> 55<sup>00</sup>

**Scheiben-Gardinen**  
vom Stück Mtr. abgepasst  
12<sup>50</sup> bis 5<sup>95</sup> 9<sup>50</sup> bis 5<sup>75</sup>

**Deutsche Teppiche**  
in Axminster, Tapestry und Velour  
für Wohnzimmer, Speisezimmer u. Gesellschaftszimmer  
Mk. 475, Mk. 325, Mk. 275, Mk. 195  
und teurer bis 1500 Mark.

**Vorlagen und Verbindungsstücke**  
in Axminster, Tapestry und Velour.  
Mk. 125.00, Mk. 98.50, Mk. 84.00, Mk. 69.50, Mk. 37.50.

**Läuferstoffe** 67 bis 90 cm breit Meter 25<sup>00</sup> bis 5<sup>75</sup> Mark

**Tisch-Decken**  
in moderner Ausmusterung und neuen  
aparten Farbenstellungen  
58<sup>00</sup> 44<sup>50</sup> 32<sup>00</sup> 24<sup>50</sup> 19<sup>75</sup>

**Tisch-Decken**  
aus Mousse, Moquette und Seidengeweben  
entzückender Ausführung  
145<sup>00</sup> 98<sup>00</sup> 75<sup>00</sup> 48<sup>50</sup> 29<sup>75</sup>

**Künstler-Decken**  
in neuen waschbaren Mehrfarbendruck  
75<sup>50</sup> 64<sup>00</sup> 52<sup>00</sup> 44<sup>50</sup> 37<sup>80</sup>

**Vorhang-Stoffe**  
in Zellstoffgewebe, Ersatz für die beschlagnahmten Sonnen-  
vorhänge  
Mtr. 25<sup>50</sup> 18<sup>50</sup> 12<sup>75</sup> 10<sup>50</sup>

**Wachstuche**  
in allen Breiten  
fast ausschliesslich noch Friedensware.  
Mtr. 22<sup>50</sup> 18<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 7<sup>95</sup>

**Kissen- u. Kissenplatten**  
in reicher Auswahl  
aus Gobelin, Samt und Seide  
35<sup>00</sup> 21<sup>00</sup> 16<sup>50</sup> 8<sup>50</sup> 3<sup>50</sup>

Ausstellungsraum und Verkauf im 2. Stock.

# HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Holstenstraße 25/33.

Lübeck

## Bekanntmachung.

Es wird hiermit daran erinnert, daß die Frist zur Anmeldung der nachstehenden Bestände an

1. Wein und weinähnlichen Getränken,
2. Schaumwein,
3. Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken

mit dem Schluß dieses Monats abläuft.

Wer die am 1. September 1918 in seinem Besitz oder Gewahrsam gewesenen nachstehenden Bestände der angegebenen Art nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht anmeldet, legt sich empfindlichen Strafen aus.

Vordrucke zu Anmeldungen können nach wie vor im Hauptzollamtgebäude, Untertrave 54 — Zimmer 21 — während der Dienststunden (8-12 vorm. und 2-6 1/2 nachm.) in Empfang genommen werden.

Lübeck, den 25. September 1918. (4642)

**Lübeckisches Hauptzollamt.**

## Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

Am 22. und 23. September 1918 wird Fleisch und Fleischwurst aufgegeben, und zwar muß auf jede Wurstsorte Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Verteilung ist jede Fleischsorte, die den Ausdruck „No Anteil“ trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 25. September 1918. (4638)

**Das Polizeiamt.**

## Bekanntmachung.

**Der Knochenverkauf in der Markthalle**  
findet laut an Freitag, dem 27. September 1918, vormittags von 7 bis 12 Uhr, auf Platz 5 der Knochenzugarten Nr. 5501 bis 5504.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 25. September 1918. (4649)

**Das Polizeiamt.**

## Bekanntmachung

**betreffend Verkauf von Fleischbrühe.**  
Am Freitag, dem 27. September 1918, 8 Uhr vormittags, wird in der Markthalle Fleischbrühe zum Preise von 10 Pf. für das Liter abgegeben.

Lübeck, den 26. September 1918. (4648)

**Das Polizeiamt.**

**Statt besondrer Anzeige.**  
Nach kurzer Krankheit entschlief sanft unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

**Louise Hartz**  
im 63. Lebensjahre.  
Tief betrauert im Namen der Hinterbliebenen

4637) **Johannes Hartz.**  
Lübeck, 24. Sept. 1918.  
Kronsförder Allee 45.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, d. 29. Septbr. nachm. 3 Uhr 30 Min. im hiesigen Krematorium statt.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband**  
Bezirksverein Lübeck.

Am 23. Sept. starb unser Kollege, der Bauarbeiter

**Johann Teckenburg**  
im 59. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 2 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhofe statt. (4634)

**Der Bezirksvorstand.**

Ein Paar Runderstiefel Nr. 35 gegen Nr. 37 zu tauschen. (4653)

Zinkenstr. 5.

**Ia. Erenntorf ohne Marken Kleingemachtes Brennholz**  
Ofenfertig, zu billigsten Tagespreisen. (4636)

**Johs. Mustin**  
Fernruf 2740. Friedenstr. 78. Lager: Warendorferstr. 22.

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

**Otto Albers**  
Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

**Hansa-Theater.**  
Freitag, abends 7 1/2 Uhr  
**Der lachende Ehemann.**  
Sonnabend:  
**Schwarzwaldmädel.**  
Sonntag: 4651  
**Die Czardasfürstin.**

**Leinenzwirn Ia.**  
für Schuhmacher zc.  
bei **C. Grimm Nachf.**  
Lederhandlung.

4635

**Stadttheater Lübeck.**  
Spielzeit 1918/19. 4643

Sonntag, den 29. September  
Anfang 7 1/2 Uhr  
**Die Räuber.**  
Dienstag, den 1. Oktober  
Anfang 7 1/2 Uhr  
**Geographie und Liebe.**  
Mittwoch, den 2. Oktober  
Anfang 7 1/2 Uhr  
**Tannhäuser.**

**Bilderleisten einrahmungen**  
**Oscar Tauchnitz,** Glashandlg.,  
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Ich nehme die gegen Frau Rohwers ausgesprochene Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. (4650)

**Herm. Messerschmidt,** Möbelfbr.

Ordentlicher Knabe, nicht unter 13 Jahre, als Laufjunge außer der Schulzeit gesucht. (4655)

**Alwin F. Leonhard,**  
Ziegelstr. 3

**1 helb. möbl. Zimmer**  
mit Licht zu vermieten. (4644)

Travemünderstr. 37, I. r.

**5-7000 Mark**  
höher zu belegen. Schwartau  
nicht angechl.  
Haged. u. E B 18. (4647)



### Ein Loch in unsere Ernährungs- wirtschaft.

Die mecklenburgische Landwirtschaftskammer hat folgende Entschliessung gefasst:

„Die Landwirtschaftskammer hält es für die dringendste Aufgabe der maßgebenden Behörden, durch eine Steigerung der Produktion für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen. Diese Aufgabe zu erfüllen, sind die jetzt bestehenden Maßnahmen nicht geeignet. Sie sind vielmehr durch solche zu ersetzen, welche den Landwirten zwar die Ablieferung einer Mindestmenge auferlegen, ihnen aber das Mehrerzeugnis zum eigenen Verbrauch oder zur freien Veräußerung ohne Höchstpreisgrenze freilassen. Dadurch würden alle Landwirte angepornt, ihre Erzeugung an Lebensmitteln und Futtermitteln so weit zu steigern, als dies bei den Kriegsverhältnissen möglich ist. Auch würde der zurzeit bestehende und viele Erzeugnisse der Landwirtschaft zu unerschwinglich hohen Preisen in Anspruch nehmende Schleichhandel aufhören. Die freie Konkurrenz beim Absatz der Mehrerzeugung würde preisausgleichend und mildernd wirken.“

Die hier niedergelegte Auffassung baut auf einer völlig falschen Voraussetzung auf, von der vor einigen Monaten auch der im Reichstag verhandelte Nutraa Dr. Köhler ausging. Auch Dr. Köhler wollte, daß eine Mindestmenge landwirtschaftlicher Erzeugnisse von der Zwangswirtschaft erfasst werden, das darüber hinaus Erzeugte aber frei bleiben sollte, um zu guten Preisen verwertet zu werden und so zur Steigerung der Produktion anzuregen. Der Gedanke ist bestechend — in der Theorie. Für die Praxis kommt er gar nicht in Betracht. Wer auch nur einen tiefen Blick in die Verhältnisse unserer Volksernährung geworfen hat, weiß, daß es über die notwendig zu erfassende „Mindestmenge“ nichts mehr gibt und gar nichts mehr geben kann. Alles, was der Landwirt erzeugt und auch nur irgend erzeugen kann, gehört zu dieser „Mindestmenge“, und muß zu ihr gehören. Und wenn der „Mindestmenge“, die erfasst wird, heute so viel durch Schleichhandel an Gros und en detail und durch Schwarzschlachtungen oder auch nicht bis zum Letzten und Kleinsten angepornte Intensivität der Bewirtschaftung entzogen wird, so ist es ein Verbrechen am Volk, das auch nicht das Geringste von allem dem entziehen könnte, was ihm auf die bezeichnete Weise vorenthalten wird. Würde die landwirtschaftliche Erzeugung auf das Doppelte gesteigert, so wäre alles bis zum letzten Haferkorn und bis zum letzten Liter Magermilch für die Volksernährung unbedingt notwendig und würde zu der „Mindestmenge“ gehören, die unbedingt zwangsweise erfasst werden muß, um das ganze Volk zu ernähren.

Oder denken sich die Mecklenburger und Herr Köhler die Sache etwa so, daß nur ein Teil des Bestes, etwa die Mindestbemittelten, aus der Zwangswirtschaft ernährt werden sollen, und die Bemittelten außerhalb der Rationierung sich ihre Nahrung kaufen sollten? Da möchten sie ihr blaues Wunder erleben. In den dann ja erlaubten freien Handel würden sich mindestens 500 Prozent Schleichhandel mischen, und die zu erfassende Mindestmenge würde in alle Welt vertrieben oder richtiger: in die numerierten Mägen der Kriegsgewinnler wandern.

Wie sehr zahlreiche Landleute heute schon das, was sie verordnungsgemäß abliefern müßten, nicht abliefern, sondern um arge Preise in den Schleichhandel oder — z. T. auch jetzt schon — in behördlich erlaubten Handel bringen, so würden sie es, weil es ihnen durch den nunmehr ja im ganzen Reich erlaubten Handel sehr leicht gemacht würde, hinterdrein erst recht tun. Das zeigt folgendes Beispiel sehr deutlich.

In Lübeck haben wir ganz ungewöhnlich hohe Eierpreise. Fünfundfünfzig Pfennige für ein Ei, das ohnedem nicht selten noch zu einem Fünftel ausgetrocknet ist, geht ja über den Preis, um den die Eier mancherorts im Schleichhandel zu haben sind. Das kommt davon, daß wir in Lübeck für die Folgezeit, wenn überhaupt, nur Auslands Eier zur Verfügung haben. Allerdings ist Mecklenburg angewiesen, uns ebenfalls Eier zu liefern, also Inlands Eier, die zu einem wesentlich niedrigeren Preis abgegeben werden

könnten. Aber Mecklenburg liefert an Lübeck keine Eier. Es behauptet, keinen Ueberfluß zu haben. Die mecklenburgischen Zentralbehörden bekommen keine Eier zu Gesicht, die sie nach Lübeck weiterleiten könnten. In Mecklenburg ist nämlich der freie Eierhandel erlaubt. Allerdings ist in der betreffenden Bestimmung festgesetzt, daß der Handel nur innerhalb der mecklenburgischen Grenzen stattfinden darf, daß Eier im Wege des freien Handels also nicht über die Grenzen hinwegtransportiert werden dürfen. Aber ein einziger Blick ins Leben zeigt, wie dieser „freie Handel“ innerhalb der mecklenburgischen Grenzen die ganze Eiererzeugung in Mecklenburg auf den Kopf gestellt hat. Sehr große Mengen, die in Mecklenburg erlaubt aufgefaußt werden, gehen unerlaubt über Mecklenburgs Grenzen hinaus nach Großstädten. Und Lübeck kann sich den Mund wässern.

In dieser Frage haben wir den Antrag Köhler und die Forderung der mecklenburgischen Landwirtschaftskammer in die Praxis umgesetzt. Reizt der Erich zum Weiterstreiten auf dem Wege?

Ganz gemäß niemandem, der sich um die Ernährung der Millionen schwer darobender großstädtischer Verbraucher zu kümmern hat. Selbstverständlich den preussischen Staatskommissar für Volksernährung. Der hat eine Verordnung erlassen, worin es heißt:

„Die im laufenden Wirtschaftsjahr bei der Sammlung der Eier in Preußen bisher erzielten durchschnittlich befriedigenden Ergebnisse schaffen die Möglichkeit, Erleichterungen der öffentlichen Eierbewirtschaftung einzutreten zu lassen, die dringenden Wünschen sowohl der ländlichen wie auch weiter Kreise der städtischen Bevölkerung entgegenkommen. Auf Grund des § 9 Absatz 3 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 bestimme ich daher:

„Geflügelhalter, die ihre Ablieferungspflicht an Eier für das Wirtschaftsjahr 1918 erfüllt haben, dürfen weitere aus eigener Geflügelwirtschaft gewonnene Eier (Ueberflüsse) unmittelbar an Verbraucher zum Kleinhandelspreis frei abgeben. Ueberflüsse-Eier sind bei Ablieferung an die Sammelstellen oder Aufkäufer des Kommunalverbandes mit einem Zuschlag von 10 Pfg. je Ei zum jeweiligen Erzeugerhöchstpreis zu vergüten. Diese Bestimmungen gelten bis zum 31. Januar 1919.“

Ist es nicht, als führten nicht nur England — Frankreich — Amerika Krieg gegen uns, sondern als befehdeten in der Ernährungswirtschaft auch die deutschen Bundesstaaten sich untereinander? Mecklenburg hat mehr Eier, als es zu erfassen für nötig hält, und Preußen hat Ueberflüsse. Wir Lübecker können aber den Preis aus der Ukraine oder anderswoher mit Wucherpreisen bezahlen. Es lebe das System Waldaw!

### Hans Adorfs Ende.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Essener Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter gibt in weiten Kreisen der Kriegsbeschädigten als ausgesprochen gelbe Gründung der Firma Krupp. Diese Aufstellung ist wohl begründet. Wir haben jetzt endlich die Beweise dafür in Händen, daß der Gründer des Essener Verbandes, Hans Adorf, zur Finanzierung des Bundes von Krupp 50 000 Mk. erhalten hat, und auch sonst persönlich übergestellt worden ist. Die Auszahlung erfolgte durch den Justizrat Wandel in Essen. Der Ausgang der an Adorf gezahlten Summen findet sich in den Büchern der Firma Krupp. Jedes weitere Bestreiten dieser Tatsachen durch Adorf, der natürlich den Mut zu der längst angekündigten Klage nicht hat, wäre gänzlich zwecklos. Auch gegen die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten herausgegebene Broschüre über den Essener Verband in eigener Beleuchtung hat Adorf niemals den Mut gefunden.

Die Kriegsbeschädigten im Essener Verband sinnen bald an, sich für ihre wahren Interessen zu rühren. Das paßt natürlich Adorf und seinen Hintermännern nicht, und sie versuchen mit allen Mitteln der List und Gewalt, die Kriegsbeschädigten im gelben Jahrwasser festzuhalten. Darüber ist es im Essener Verband zum offenen Krieg gekommen, und der am Sonnabend beginnende Verbandstag in Kassel dürfte das Ende der Adorfschen Gewalt Herrschaft bringen. Die Opposition, die hauptsächlich von den Ortsgruppen des Bezirks Dortmund-Bochum geleitet wird —

Düsseldorf hat sich bereits von den Essenern getrennt — hat ein vertrauliches Rundschreiben an alle Ortsgruppen gerichtet, in dem sie ihre Vorwürfe gegen Adorf zusammenfaßt. Wir können aus dieser uns zugesagten Denkschrift nur einige Proben geben, aber sie werden genügen.

Adorf hat von Anfang an bis in die jüngste Zeit vollkommen unwahre Berichte über seine Beziehungen zur Kriegsbeschädigtenvereine gegeben, jedoch Landrat Horton (Rheinprovinz), Regierungsrat Bremer und Pordarret (Magdeburg) und Herr v. Winterfeldt (Hauptvorstand) ihn öffentlich Lügen strafen müssen. Ludendorff hatte vorübergehend die Ehrenmitgliedschaft des Essener Bundes angenommen. Nachdem er über seinen wahren Charakter unterrichtet worden war, hat er sie schleunigst wieder aufgegeben. Das letztere hielt der Essener Verband aber streng geheim und veranstaltete weiter Sammlungen mit dem Hinweis auf Ludendorffs Ehrenmitgliedschaft. Mit dem Kaufmann Demmer-Perlin schloß Adorf einen Vertrag, wonach dieser die Scharrerei — Gewinnung von Ehrenmitgliedern — für den Essener Bund im großen betreiben sollte. Donner sollte dafür von den eingehenden Geldern die Hälfte erhalten. Außerdem verpflichtete sich der Essener Verband zu großen Zahlungen für den Zoll vorzeitiger Vertragslösung. Die letzte Verbandssammlung forderte trotzdem einstimmig die Lösung dieses schändlichen Kontrakts.

Auch sonst wurde im Essener Verband sehr leichtfertig mit Geld umgegangen. Bei der letzten Essener Tagung am 11. August 1918 stand eine Einnahme von 21 000 Mark einer Ausgabe von 37 000 Mark gegenüber. Das Kassabuch wurde von den Prüfern als freijetzt bezeichnet. Besonders groß war das Konto Reisekosten. Die Werbeversammlung, die Adorf für den Essener Verband in Berlin abhielt, kostete über 600 000 Mark und brachte 15 Mitglieder. Geleitet wurde trotz der hohen Kosten sehr wenig. So stellt die Denkschrift der Opposition fest, daß bis zum Juni 1918 kein einziges Mitglied wegen Kenterbahnung seitens des Essener Verbandes eingereicht wurden; schließlich machte man dem Kriegsministerium derartige Vorschläge Hals über Kopf, ohne sie vorher im Essener Verband oder seinem Vorstand durchzubereiten. Die von 21 Ortsgruppen und mehreren Vorstandsmitgliedern unterzeichnete Anklageschrift sagte über die Vorstandsarbeit im allgemeinen:

„In keiner Verbandsvorstandssitzung sind Gegenstände bearbeitet worden wie: Rentenerhöhung, Einstellungsantrag, Unterbringungsfrage, Arbeitsgenossenschaft usw., weil der Vorsitzende es trotz wiederholter Mahnungen für wichtiger hielt, die Tagesordnung voll mit Punkten gegen den Reichsverband und die Gewerkschaften zu besetzen.“

Weiter werden Adorf eine große Zahl von Eigenmächtigkeiten und jäherer Eigenmut nachgelagt. Nichtbeschlüß der Angeklagten und Lehrlinge des Verbandes, Abschluß von Verträgen mit der Viktoria ohne Willen und Zustimmung des Verbandsvorstandes usw. Der erste Schriftführer des Verbandes, J. K., soll im Einverständnis mit Adorf für die Firma Krupp andere Kriegsbeschädigte bespikelt haben. Ein Verbandsangehöriger, Hubmann, der Absicht von den Briefen zwischen der Firma Krupp und Jeller nahm und die entsprechenden Kassabücher auszog, soll durch Drohungen gezwungen worden sein, sie wieder herauszugeben.

Es ist eine unübersehbare Fülle weiterer schwerer Vorwürfe, welche in diesen Denkschriften der Opposition unter Anführung von Namen und Belegen gegen Adorf und seine Gesellschafter erhoben werden. Dabei wird mehrfach betont, daß nur die schwerwiegendsten Beweismittel erst auf dem Verbandstag in Kassel selbst vorgetragen werden, da man sie wegen der Gegner nicht dem Papier anvertrauen wage.

Adorf hat bisher immer behauptet, die Delegierten der Essener Verbandstammlungen zu blaffen und von wirklichen ersten Untersuchungen abzuweichen. Jetzt ist der Widerstand gegen sein Eigenmächtigkeiten und seine Abhängigkeit vom Unternehmertum soweit angewachsen, daß ihm das Schwere noch gelingen wird. In Kassel dürfte Adorfs Herrschaft ihr Ende erreichen und damit der Verlich scheitern, aus den Kriegsbeschädigten eine Schuttruppe des Unternehmertums zu formieren. Krupp hat sein Geld umsonst hergegeben.

### Die Versammlungsfreiheit in Schneidemühl.

In Schneidemühl hat die Arbeiterbewegung im letzten Jahre einen überraschenden Aufschwung genommen. Die Gewerkschaften haben einen ungeheuren Zulauf gefunden und die Parteiorganisation ist von wenigen Mitgliedern auf etwa 500

### Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

9. Fortsetzung.

Als er eintrat, ging eine Bewegung durch die Reihen der Angestellten. Reischer lächelte spöttisch, denn er sah, daß man ihn erkannte. Er wandte sich an einen der Buchhalter mit der Frage nach dem Geschäftsführer. Der Mann eröfnete stark, verbeugte sich ungeachtet und öffnete ihm eine Tür.

Während Reischer die Schwelle überschritt, freute er sich im voraus des Eindringens, den sein unerwartetes Erscheinen herbeizuführen mußte. Niemand nämlich ahnte, daß ihm ein Jahr seiner Strafe im Gnadenwege erlassen worden war. Er mußte allen, die ihn unvermuetet sahen, wie ein vom Tode Auferstandener erscheinen.

Die Wirkung, die er erzielen, war in der Tat enorm: Sigmund Lautenbach, sein Geschäftsführer, starrte ihn wie einen Geist an; — mit offenem Munde, aufgerissenen Augen und unfähig, ein Wort zu sagen.

„Nun!“ sagte Reischer, indem er in die Mitte des Zimmers trat und so tat, als sei er kaum acht Tage vom Geschäft fern gewesen, „hat es Ihnen den Atem verschlagen?“

Er lachte kurz auf, wozu sich die Arme über der Brust kreuzend, in einen Stuhl und sah sich flüchtig in dem Raume um. Der früher jahrelang seine Arbeitsstätte gewesen war. „Ich will Sie heute nicht lange aufhalten“, fuhr er fort, „ich an der Bestürzung des anderen noch immer weidend. „Ich bin nur gekommen, um Ihnen zu zeigen, daß ich wieder da bin: gesund, munter und ungebunden. Und um Ihnen zugleich zu sagen, daß es trotz dem meine Absicht ist, sehr bald wieder von hier wegzugehen, — und zwar für immer.“

Erst jetzt fing der Geschäftsführer an, sich allmählich in die Lage zu finden. Er stammelte eine Begrüßung, von der er freilich allzulebte fühlte, daß sie zu spät kam, und daß sie zu geringen Klang, als daß er es noch hätte wagen dürfen, dem Mann, der unter einem sein Chef und ein entlassener Sträfling war, die Hand zu reichen.

So half er sich damit, daß er nach einigen einleitenden Gelegenheitsworten sogleich daran ging, in knappen Umrißen ein Bild vom Stande des Geschäfts zu entwerfen. Und das gab ihm nach und nach seine Sicherheit zurück, denn er hatte nur Erreuerliches zu berichten. Das Vermögen Reischer hatte sich in den vergangenen vier Jahren wesentlich vermehrt.

Reischer hörte ihn aufmerksam zu. Keine Worte, kein Zug in seinem Gesicht verriet, was in ihm vorging, was er dachte. Immer hörte er die Mahnung des Alten: Zeigen Sie nie, daß Sie leiden, zeigen Sie auch nie, daß Sie sich freuen: bleiben Sie

unter allen Umständen kalt! Und er sah, daß es gar nicht so schwer war, sich zu beherrschen, sich dem Einflusse der Persönlichkeit des anderen zu entziehen und sich auf diese Weise überlegen zu zeigen, wenn man nur an die Nichtigkeit des Standpunktes, den man einnimmt, innerlich fest glaubte. Und, daß er diesen Glauben hatte, diesen Glauben an sich selbst, das fühlte er jetzt.

„Sie machen mir“, nahm Reischer, nachdem der Geschäftsführer mit seinem Berichte zu Ende war, das Wort, „als ich vor vier Jahren von hier weggehen mußte, einen Vorschlag. Sie sprachen damals, wenn ich mich nicht irre, davon, daß Sie die Mittel besäßen, mir mein Geschäft, von dem Sie damals nicht wußten, daß ich es würde weiterführen wollen, abzukaufen. Ich lehnte damals auf Anraten meines Anwaltes ab... Nun, wie denken Sie heute darüber?“

Der Geschäftsführer war von dem Glücksfall, der sich ihm da plötzlich bot, auf das höchste überrascht. „Sie wollen... wirklich... verkaufen?“ fragte er.

„Ich trage mich mit dem Gedanken, jawohl.“

„Und Sie denken dabei... wirklich... an mich?“

Reischer nahm den zitternden Unterton der Stimme wahr. Dieser heimliche Ton war ein demütiges Sichbeugen vor ihm, der, solange er über Reischer verregelt, auch die Macht behielt, andere von sich abhängig und sich dienlich zu machen. „Ich denke an Sie“, sagte er ruhig, „ja, gerade an Sie. Denn es ist mein Wunsch, an dem Geschäft als stiller Teilhaber auch fern-rhin beteiligt zu sein, mit größeren Kapitalien, die Ihnen, als einem Anfänger, wohl doppelt willkommen sein werden.“ Er sah den Geschäftsführer voll an.

Der sprach auf und streckte Reischer zögernd die Hand entgegen, so, als fürchte er, dieser könne sie zurückweisen.

Und Reischer lächelte sie in der Tat nicht zu bemerken, so daß jenen nichts anderes übrig blieb, als sie schüchtern wieder zurückzuziehen, wobei er, bestürzt und unsicher, murmelte: „Ich danke Ihnen! Ich danke Ihnen sehr!“

Doch Reischer schüttelte den Kopf. „Es ist nicht nötig, daß Sie mir danken, denn das, was ich Ihnen vorschlage, ist ein nützliches Geschäft, bei dem ich vor allem meinen eigenen Vorteil im Auge habe.“

Und er entwickelte dem anderen die Grundzüge, nach denen er einen Vertrag mit ihm zu schließen gewillt war.

Die Bedingungen, die er stellte, waren hart und gingen bis an die äußerste Grenze dessen, was ein Geschäftspartner sich bieten lassen konnte.

„Wollen Sie?“ fragte er, nachdem er seine Erklärungen mit einem kalten Raffinement abgelesen hatte, das dem Partner die künftige Abhängigkeit offenbar bis ins letzte Detail zum Bewußtsein zu bringen wünschte. „Wollen Sie, oder wollen Sie nicht?“

Zum ersten Male in seinem Leben konnte er den Genuß aus, aus einem Menschen, der sich nicht wehren konnte, das Letzte herauszupressen.

Der Versuch, der völlig gelang, hinterließ ein prickelndes Gefühl der Befriedigung in ihm. Er war gleichsam ein Prüffstein für die Kraft seines Willens, die, wenn er sie nur in der Kälte seines Herzens fühlte, noch wachsen würde.

Nach in der gleichen Stunde wurde der Vertrag aufgesetzt, in zwei Exemplaren ausgefertigt und von beiden unterschrieben.

Reischer steckte sein Exemplar in die Tasche, ohne daß sein Gesicht etwas anderes als Gleichgültigkeit ausgedrückt hätte. „Das wäre abgemacht“, sagte er, indem er eine Zigarette in Brand setzte, „und wir hätten jetzt wohl Grund, uns ein wenig zu erholen.“

„Wie?“ fragte der Geschäftsführer, der Reischer nicht verstand.

Reischer blies eine dicke Rauchwolke vor sich hin und blinzelte ihr starr nach. „Ich meine, daß wir uns vielleicht etwas erholen könnten, indem wir ein Lokal anschauen.“ Oder geniert es Sie, wenn man Sie mit mir sieht?“

„Nein?“ Aber bestimmt nicht!“

Reischer lächelte, als berührte ihn das Ueberlaute des Prätorales nicht im geringsten. „Gut“, sagte er, „so geht es vor.“

Es dämmerte schon, und Reischer schlug eines der vornehmsten Restaurants vor, in dem sie aufständig soupieren könnten.

Ein Auto brachte sie in wenigen Minuten hin.

„Oh“, sagte Reischer, indem er über die Schwelle des Lokals trat, „welch ein Leben!“

Er hob seine Stimme, als wüßte er die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, was ihm auch gelang, denn an mehreren Tischen wendete man sich nach ihm um.

Sein Begleiter zeigte auf einen Cettisch, der frei war. „Wollen wir vielleicht hier?“

„Warum hier?“ gab Reischer zurück. „Soll man uns nicht lieber...“

Und er schritt, alle Anwesenden musternd, nach der Mitte des Lokals, nahm geräuschvoll Platz und befaß dem Kellner in lautem Ton, die Wein- und Speisenkarte zu bringen.

Er schien sich außerordentlich wohl zu fühlen und sprach den Speisen und dem Weine tüchtig zu, ohne sich freilich dadurch dabei abhalten zu lassen, die Unterhaltung laut weiterzuführen.

Es war, als reizte es ihn, den gepflanzten und vornehmen Leuten, die rings um ihn saßen, zu zeigen, daß er ihre Normen verachtete. Aber er ging darin doch nie so weit, daß er die Grenzen des Anstandes, was gerade noch zulässig war, überschritten hätte. Er machte er alles in allem den Eindruck eines lebhaften Temperamentes, dessen Blut durch den Wein in Wallung geraten war.

Fortsetzung folgt



